

# Gemeinsame Kraftanstrengung

Morgen geht der Gesetzentwurf „Hartz III“ ins Kabinett: Die Arbeitsvermittlung soll effizienter werden durch gemeinsame Job-Center von Arbeits- und Sozialämtern. Wie das aussehen könnte, wird in Berlin getestet

VON HILMAR POGANATZ

**B**litze weiß strahlen die Wegweiser, an denen Herr Krüger an diesem glutheißen Augusttag vorbeiläuft. Sie weisen nach Hamm, nach Mettmann, nach Bottrop – den Partnergemeinden des alten Berliner Arbeiterviertels Wedding. Herr Krüger, 21 Jahre alt, in Jeans, T-Shirt und Turnschuhen, lässt Bottrop links liegen und auch den „King-Döner“ für 1,50 Euro, überquert den sauber gefegten Platz vor dem Beton- und Glas-Anbau am Rathaus Wedding und steuert auf den Altbau aus dunklem Backstein zu. Christian Krüger hat eine Ausbildung als Fotodesigner gemacht und gehört noch zu den rund 17 Prozent der Einwohner im Wedding, die Leistungen der Sozialhilfe in Anspruch nehmen. Nun eilt er durch die grün-gelb geflieste Eingangshalle zum „Job-Aktiv-Center“, einem Modellversuch für die so genannten Job-Center, die die Bundesregierung mit den Hartz-Reformen in ganz Deutschland einführen möchte.

Seit April gibt es in Berlin zwei Job-Aktiv-Center (JAC) für Arbeitslose zwischen 18 und 24 Jahren, in denen Sozial- und Arbeitsamt Hand in Hand arbeiten. In den Problembezirken Kreuzberg und Wedding, die nach Angaben des Armutsberichtes des Berliner Senats die höchste Sozialhilfe-Quote aufweisen, testet die Hauptstadt einen wichtigen Aspekt der dritten Stufe der Hartz-Reform. Diese Reform, die das Wirtschaftsministerium dem

Kabinett am morgigen Mittwoch als „Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ vorlegt, sieht vor, dass Arbeitslose ab 2005 in Job-Centern betreut werden: „Die doppelte Zuständigkeit von Arbeits- und Sozialamt wird also abgeschafft, Arbeitsuchende und Unternehmen bekommen im Job-Center künftig

„Es wird schwierig sein, genug Personal für alle Fälle von 15 bis 65 zu erhalten“

Olaf Baier, stellvertretender Leiter Fachstelle „Hilfe zur Arbeit“

Service aus einer Hand“, heißt es in den Erläuterungen der Bundesregierung.

Durch verstärkte Betreuung sollen Arbeitslose nach den Worten von Florian Gerster, des Chefs der Bundesanstalt für Arbeit (BA), „wesentlich schneller wieder in Arbeit“ gebracht werden. Arbeitslose sollen im Schnitt eine Woche weniger arbeitslos bleiben, die Arbeitslosenzahl soll so um 400 000 sinken. Der angestrebte „vereinfachte Datenaustausch“ zwischen den kommunal geführten Sozialämtern und den der BA zugeordneten Arbeitsämtern ist im Berliner JAC bereits Wirklichkeit, wenn auch nur für junge Arbeitslose.

Noch heute strahlt das Rathaus Wedding, erbaut 1930, den seinerzeit modernen Stil der „Neuen Sachlichkeit“ aus und verströmt Erinnerungen an Zeiten, zu denen Berlin noch ein veritablem Industriestandort war. Im zweiten Stock ar-

beiten die so genannten Fallmanager des Sozialamtes und die Vermittler des Arbeitsamtes Tür an Tür, abwechselnd folgen Zimmer mit dem hellen Holzfurnier des Sozialamtsmobiliars auf Durchgangszimmer mit den grauen Möbeln, die das Arbeitsamt angeschafft hat. Je nach Zuständigkeit schieben sich die Vermittler ihre Fälle durch die Durchgangstür zu, manchmal auch über den fensterlosen Gang mit braunen Plastiksitzelementen, in dem sich täglich rund einhundert Menschen wie Herr Krüger einfinden.

Am Ende des dunklen Korridors stößt man auf die Tür der Fachstelle „Hilfe zur Arbeit“. Dahinter sitzt Stephan Schmidt, Gruppenleiter der zwölf Fallmanager vom Sozialamt. Zufrieden beschreibt er die Frühphase des Projektes: „Der Andrang war sofort intensiv, in den ersten zwei Monaten haben sich 2086 Jugendliche in der gemeinsamen Clearingstelle gemeldet.“ 300 Jugendliche seien beim Sozialamt gelandet, der Rest bei den Vermittlern vom Arbeitsamt.

Schmidt und sein Vorgesetzter Olaf Baier, stellvertretender Leiter der Fachstelle, sind zwei junge Männer, die Tatendrang ausstrahlen. Beide sind um die 30, tragen legere Hemden über T-Shirts und einen kleinen Ohrring. Sie lehnen sich dynamisch über ihre Ellbogen nach vorn und sprechen begeistert von der „Übernahme durch die warme Hand“ zwischen beiden Ämtern, zwischen denen früher nur eine „sehr dünne Kommunikation“ bestanden habe. „Jetzt packt hier eine junge Truppe die Probleme an, selbst unser Fachstellenleiter ist erst Mitte 30“, sagt Schmidt. Das Team besteht aus 18 Mitarbeitern,

von denen das Sozialamt mit zwölf Fallmanagern den größten Anteil stellt.

Allerdings sind die Ergebnisse bislang dürftig. Davon lassen sich die beiden jungen Männer, die Antragsteller Jobs statt Sozialhilfe vermitteln sollen, nicht beirren: „Über die Monate Juni und Juli liegen noch keine Zahlen vor“, sagt Schmidt. In den ersten zwei Monaten des Job-Aktiv-Centers (JAC) wurden ganze 17 Hilfesuchende in eine Beschäftigung oder Ausbildung vermittelt. „Diese Zahl sagt aber wenig über die Qualität des JAC aus“, versichert Baier.

„Der wesentliche Unterschied ist, dass wir mit stark reduzierten Fallzahlen arbeiten“, sagt Schmidt. „Nur so ist es möglich, den Antragsteller wöchentlich vorzusprechen zu lassen, damit er erklären muss, warum er noch keine Arbeit gefunden hat“, pflichtet Baier bei. Zuvor betreute ein Fallmanager 170 Sozialhilfebedürftige, hier sind es 70. Die Arbeitsvermittler, die sonst bis zu 900 Fälle betreuen, können im JAC mit rund 350 Fällen ihr Arbeitstempo erhöhen oder die Betreuung intensivieren.

„Die Personalverstärkung wurde aus Überhängen rekrutiert“, sagt Baier. In Berlin gibt es solche Personalüberhänge zuhauf. Bei der Bundesanstalt für Arbeit sollen sie nach den Hartz-Reformen entstehen, indem die Verwaltung vereinfacht wird. Dann sollen bis zu 4000 Mitarbeiter von bürokratischen Aufgaben befreit werden und zur Beratung von Arbeitslosen eingesetzt werden. Bislang sind nur 12 000 der 90 000 BA-Mitarbeiter Vermittler. Die Umschichtungen bedeuten auch: Umschulungen: „Das kann schnell gehen, in rund drei Monaten“, sagt Baier. Allerdings sei das nur bei jungen Mitarbeitern aus „bürgernahen Bereichen“ so einfach.

„Sicher wäre es wünschenswert, dieses Modell zu erweitern“, fügt er nachdenklich hinzu, „aber es wird schwierig sein, genug Personal für alle Fälle von 15 bis 65 zu erhalten.“ Knackpunkt sei der mit der Hartz-Reform angestrebte Betreuungsschlüssel von 1:75 für alle Arbeitsuchenden: „Daran könnte es scheitern.“

Denn nur die intensive Betreuung erlaubt es den Vermittlern, das von der Regierung angepeilte Prinzip „Fördern und Fordern“ auch durchzusetzen, mit dem Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) „Arbeitsverweigerern“ die Leistungen kürzen lassen möchte. „Das sind alles Dinge, die es bei der Sozialhilfe längst gibt“, sagt Fallmanager Steffen Zörner, der mit seinen 29 Jahren, T-Shirt und Ohrring, perfekt in das JAC-Team passt. Der Mann mit dem weichen Händedruck und den

Kriegsfilmpostern an der Wand schiebt seine US-Marines-Tasse beiseite und schlägt im Bundessozialhilfegesetz nach: „Der Hilfesuchende ist zur Annahme jeder Arbeit verpflichtet, zu der er körperlich und geistig in der Lage ist“, zitiert er. „Wenn das auch beim



So soll Arbeitsvermittlung in Deutschland ab 2005 aussehen: Steffen Zörner (l.) vom Sozialamt und Arbeitsamt-Vermittler Martin Zaja im Job-Aktiv-Center des Berliner Bezirks Wedding

FOTO: HILMAR POGANATZ



Arbeitslosengeld II so hart geregelt werden soll, bräuhete man ja drei Mal so viel Personal, das ist unmöglich.“ Besser sollte man sich bei den Job-Centern zunächst auf junge Leute beschränken. Die seien noch flexibel, zudem zeige sich deutlich die Wirkung längerer Gespräche: „Die meisten sind froh, dass ihnen endlich jemand zuhören kann, und die anderen merken, dass sie bei uns nicht das schnelle Geld bekommen.“

Durch die Verzahnung von Sozial- und Arbeitsamt ist es auch nicht mehr möglich, beide Ämter „gegeneinander auszuspielen“, wie die Arbeitsvermittlerin Nicole Joch gegenüber in Zimmer 264 erläutert. Die junge Frau, die mit strengen Augen durch eine große grüne Brille schaut, hat inzwischen Herrn Krüger empfangen, der kaum warten musste, da Freitag ist. An anderen Tagen sitzen die Besucher trotz des erhöhten Personalaufwands oft über eine Stunde im Wartetunnel. Der Fotodesigner wirkt aufgeregt und eifrig, denn heute gibt er das Formular für die Gründung seiner „Ich AG“ ab. „Beabsichtigen Sie, jemanden einzustellen?“, fragt Joch. „Nein“, entgegnet Krüger unsicher, und ehe er sich versieht ist sein Antrag bearbeitet. Krüger freut sich: „Gestern war ich zum ersten Mal hier, und schon ist alles fertig, ganz unbürokratisch.“

Da er aus einer Sozialhilfe-Maßnahme kam, konnte er im JAC schnell vermittelt werden. Eine Anstellung konnte ihm allerdings auch Frau Joch nicht verschaffen. Denn so schnell die Vermittlung auch gelingen mag – weiter gilt, was die Berliner Sozialstadträte schon bei Einführung des JAC betonten: „Neue Jobs können wir nicht schaffen, wir können nur vermitteln.“

## Agentur und Job-Center statt Anstalt und Arbeitsamt

Das „Hartz III“-Gesetz erhöht den Druck auf Arbeitslose und lichtet den Dschungel im Leistungsrecht

**A**m morgigen Mittwoch will das Bundeswirtschaftsministerium den als „Hartz III“ bekannten Gesetzentwurf dem Kabinett vorlegen. Der Entwurf sieht den Umbau der Bundesanstalt für Arbeit (BA) in eine Bundesagentur vor. Mit dem nach dem VW-Personalvorstand Peter Hartz benannten Gesetz sollen die Zahlung des Arbeitslosengeldes und die Aufgaben der BA neu geregelt werden. Ziel des Gesetzes ist, Arbeitslose schneller wieder in Jobs zu vermitteln.

Eine wesentliche Komponente von Hartz III ist die Vorbereitung der flächendeckenden Einführung von so genannten Job-Centern. Durch diese neuen Anlaufstellen für Arbeitslose soll laut Bundesregierung „der Zuständigkeitsdschungel zwischen Sozial- und Arbeitsamt“ gelichtet werden. Dazu sollen die bisherigen Sozial- und Arbeitsämter in den Job-Centern zusammenarbeiten, der Daten-

Austausch soll ihnen gestattet werden, insgesamt werde das die Betreuung verbessern. In den Job-Centern, einem aus Großbritannien importierten Modell, sollen sich die so genannten Fallmanager intensiver um die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen kümmern können. Auf einen Betreuer sollen statt heute durchschnittlich 350 in Zukunft nur noch 75 Arbeitslose kommen. Arbeitslose, die älter als 50 Jahre sind, sollen besonders intensiv betreut werden.

Der Teil des umfangreichen Gesetzes, der sich mit dem Umbau der Bundesanstalt befasst, sieht die Herabstufung der Landesarbeitsämter zu Regionaldirektionen ohne Selbstverwaltung vor. Dagegen regt sich in den Ländern bereits Widerstand. Indem die Bestimmungen vereinfacht werden, sollen Beschäftigte der BA von Verwaltungsaufgaben gelöst werden – die BA-Mitarbeiter sollen mehr beraten und weniger verwal-

ten. Um dies zu erreichen ist geplant, die so genannten Sondertatbestände für die Berechnung von Arbeitslosengeld von 23 auf 7 zu reduzieren; für Nebeneinkommen soll demnächst ein einheitlicher Freibetrag von 165 Euro gelten.

Um den Druck auf Arbeitslose

zu erhöhen, wird es mit dem Gesetz einfacher, bei „mangelndem Bemühen“ Sperrzeiten zu verhängen. Die Beweislast liegt fortan beim Empfänger des Arbeitslosengeldes. Aus Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) ergibt sich dann kein Anspruch auf Arbeitslosengeld

mehr, Saisonarbeiter erhalten ihn erst, nachdem sie zwölf Monate lang in die Versicherung eingezahlt haben. Das Gesetz liegt bislang als Entwurf des Wirtschaftsministeriums vor und ist im derzeit von der Union dominierten Bundesrat zustimmungspflichtig. hp

